

19. Dezember 2007

## Presseinformation ▪ Presseinformation

### DER KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR REDUZIERUNG DER CO2-EMISSIONEN VON NEUWAGEN WIRD VOM EMB MIT GEMISCHTEN GEFÜHLE AUFGENOMMEN

Mit gemischten Gefühlen hat der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) die heutige Veröffentlichung des Gesetzentwurfs der EU-Kommission zur Reduzierung der CO2-Emissionen bei Personenkraftwagen aufgenommen.

Der EMB begrüßt einerseits den Schritt der EU-Kommission hin zu einem Gesetzesvorschlag, der es Autoherstellern und dem Straßengüterverkehr allgemein ermöglicht, noch maßgeblicher zum Kampf gegen den Klimawandel beizutragen. Teile des Vorschlags eröffnen in der Tat einen Spielraum für den Automobilsektor sowie einen gewissen Ermessensspielraum bezüglich des Erreichens der CO2-Grenzwerte.

Allerdings hat der EMB bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass eine genaue Analyse der EU-Kommission zu den möglichen Auswirkungen des Gesetzesvorschlages auf die Beschäftigung in Europa erforderlich ist. Im Fall des Gesetzesvorschlages zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes hat die EU-Kommission genau dies nicht getan, obwohl in diesem Sektor europaweit mehr als 10 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Der EMB ist insbesondere darüber besorgt, dass die EU-Kommission in ihrer Folgenabschätzung sowie in ihren öffentlichen Aussagen das Augenmerk hauptsächlich auf die Auswirkungen des Gesetzesvorschlages auf „hochwertige Arbeitsplätze“ legt.

„Den europäischen Arbeitnehmern wurde der Begriff „hochwertige Arbeitsplätze“ nie richtig erklärt.“, kommentierte Peter Scherrer, Generalsekretär des EMB. „Durch den heutigen Gesetzesvorschlag wird deutlich, dass die EU-Kommission darunter die Förderung von Innovation in dem Sektor versteht – was positive zu bewerten ist – sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen hochqualifizierter Ingenieure in Europa. Was die EU-Kommission nicht erwähnt, ist das Schicksal der Hunderttausenden qualifizierten Arbeitnehmer, die keine Ingenieure sind, deren Existenzgrundlage jedoch von der Automobilindustrie abhängt.“

Die Arbeitnehmerorganisationen in Europa sind besorgt, dass zu hohe Strafen die Wettbewerbsfähigkeit der Autohersteller gefährden.

„Die jüngsten Entwicklungen haben gelehrt, dass sich ein Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Autohersteller automatisch auf die Zulieferer auswirkt, die den Großteil der Arbeitnehmer im Automobilsektor beschäftigen. Diese Arbeitnehmer mussten in den letzten Jahren bereits einen hohen Preis zahlen. Die Autohersteller haben zeitweise wenig Rücksicht auf das Wohlergehen der Arbeitnehmer genommen und brauchen keine neue Rechtfertigung für weitere Restrukturierungen.“, sagte Peter Scherrer.

Der EMB ruft nunmehr die Mitgliedsstaaten und die Abgeordneten der Europäischen Parlamentes auf, an die Zukunft der Arbeitnehmer im Automobilsektor zu denken und gleichzeitig auf weitere gesellschaftliche Forderungen zu reagieren.

1/2

## Press Release

---

In diesem Zusammenhang unterstützt der EMB die Umsetzung einer Reihe von Begleitmaßnahmen, die es der Automobilindustrie ermöglichen, weiter zu wachsen und Arbeitsplätze für alle Gruppen von Arbeitnehmern bereit zu stellen. Dies umfasst:

- eine vermehrte Verwendung öffentlicher Gelder für Forschung und Entwicklung, die eine weitere Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Autos ermöglichen;
- eine vermehrte Verwendung von EU-Strukturfonds speziell für den Automobilsektor, um die Kompetenzen zu schulen und aufzubauen, welche die Arbeitnehmer verstärkt brauchen werden, um mit technisch hoch entwickelten Systemen arbeiten zu können;
- das Bereitstellen „finanzieller Anreize“ für Eigentümer alter, umweltschädigender Fahrzeuge, um diese von der schnelleren Erneuerung ihres Fahrzeugparks zu überzeugen und den Kauf neuer Fahrzeuge anzukurbeln.

(Siehe auch EMB-Positionspapier FEM 2/2007.)

---

PRESS 52/2007

---

Der EMB ist das Organ zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter der Europäischen Metallindustrie. Der EMB hat ein Mandat für die Außendarstellung und die Koordination der Gewerkschaften sowie ein Mandat sich mit Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene zu befassen.

*Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:  
Herausgeber, Peter Scherrer, EMB-Generalsekretär  
Gérald Audaz, politischer Sekretär des EMB*